

Durchzogenes Jahr für das Kino Murten

MURTEN Die Verantwortlichen des Kinos Murten schauen auf ein schwieriges Kinojahr 2014 zurück. Wie schweizweit sind auch in Murten die Besucherzahlen zurückgegangen. Der Trägerverein verzeichnete eine Abnahme von 17 Prozent oder 1600 Besuchern gegenüber dem Vorjahr, wie der Vorstand an der Generalversammlung festhielt. Vom Juli 2014 bis Juni 2015 wurden 76 Filme gezeigt und 7396 Eintritte verkauft. Die Verantwortlichen führen den Rückgang namentlich darauf zurück, dass filmische Höhepunkte fehlten. Am erfolgreichsten erwiesen sich noch «Honig im Kopf» und «Qu'est-ce qu'on a fait au bon Dieu». Für das laufende Jahr werden dank dem neuen James Bond und dem Schellen-Ursli bessere Zahlen erwartet.

Eine Umfrage unter den Besuchern habe ergeben, dass die Programmierung der Film-Auswahl von den meisten Besuchern als positiv bewertet wird. Neue Gefässe wie das Opern-Kino, die Ladies-Night oder der Männerabend sollen zudem neue Kinobesucher bringen. *mkc/fca*

Vorschau

Die Funktion von Religion im Fokus

FREIBURG Zum Abschluss der interdisziplinären Ringvorlesung «Wozu Religion? Die Rolle des Glaubens in Kultur und Gesellschaft heute» wird eine Podiumsdiskussion durchgeführt. Heute Mittwochabend debattieren SRG-Generaldirektor Roger de Weck, der Basler Bischof Felix Gmür sowie CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer über die gesellschaftliche Funktion von Religion. Für den Anlass schreibt das Departement für Moralthologie und Ethik der Universität Freiburg verantwortlich. Alt-Bundesrat Moritz Leuenberger hatte die Reihe Ende September eröffnet. *fca*
Universität Miséricorde, Saal MIS03-3113, Freiburg. Mi., 24. November, 18 bis 20 Uhr.

Vorschau

Freiburger setzen sich für das Klima ein

FREIBURG Vom 30. November bis zum 11. Dezember kommen in Paris Hunderte Regierungsvertreter zur 21. UN-Klimakonferenz zusammen und versuchen, ein globales Klimaschutzabkommen auszuhandeln. Am Vorabend der Konferenz nutzen Menschen auf der ganzen Welt die Gelegenheit, um sich ihrerseits für den Klimaschutz zu engagieren und für eine saubere Energie auf die Strasse zu gehen. Auch in der Stadt Freiburg wird demonstriert: Mehrere unabhängige Gruppen – darunter die Allgemeinen Studierendenschaft Freiburg (Agf) – mobilisieren für ihre Demonstration vom nächsten Sonntag und rufen die Bevölkerung auf, am Klimamarsch teilzunehmen. Die Gruppe marschiert vom Manor über den Georges-Python-Platz bis zum Rathaus und versucht, ein Zeichen für eine nachhaltige Klimapolitik zu setzen. *mz*
Start Romontgasse 30, Freiburg. So., 29. November, 14 Uhr.

Die Steuern in zwölf Raten bezahlen

Zwei Grossrätinnen wollen mit einem Postulat erreichen, dass Steuerzahler im Kanton Freiburg künftig zwölf statt neun **Akkontorechnungen** erhalten. Dies mache die Last für Steuerzahler erträglicher und bessere die Staatskasse auf.

MIREILLE ROTZETTER

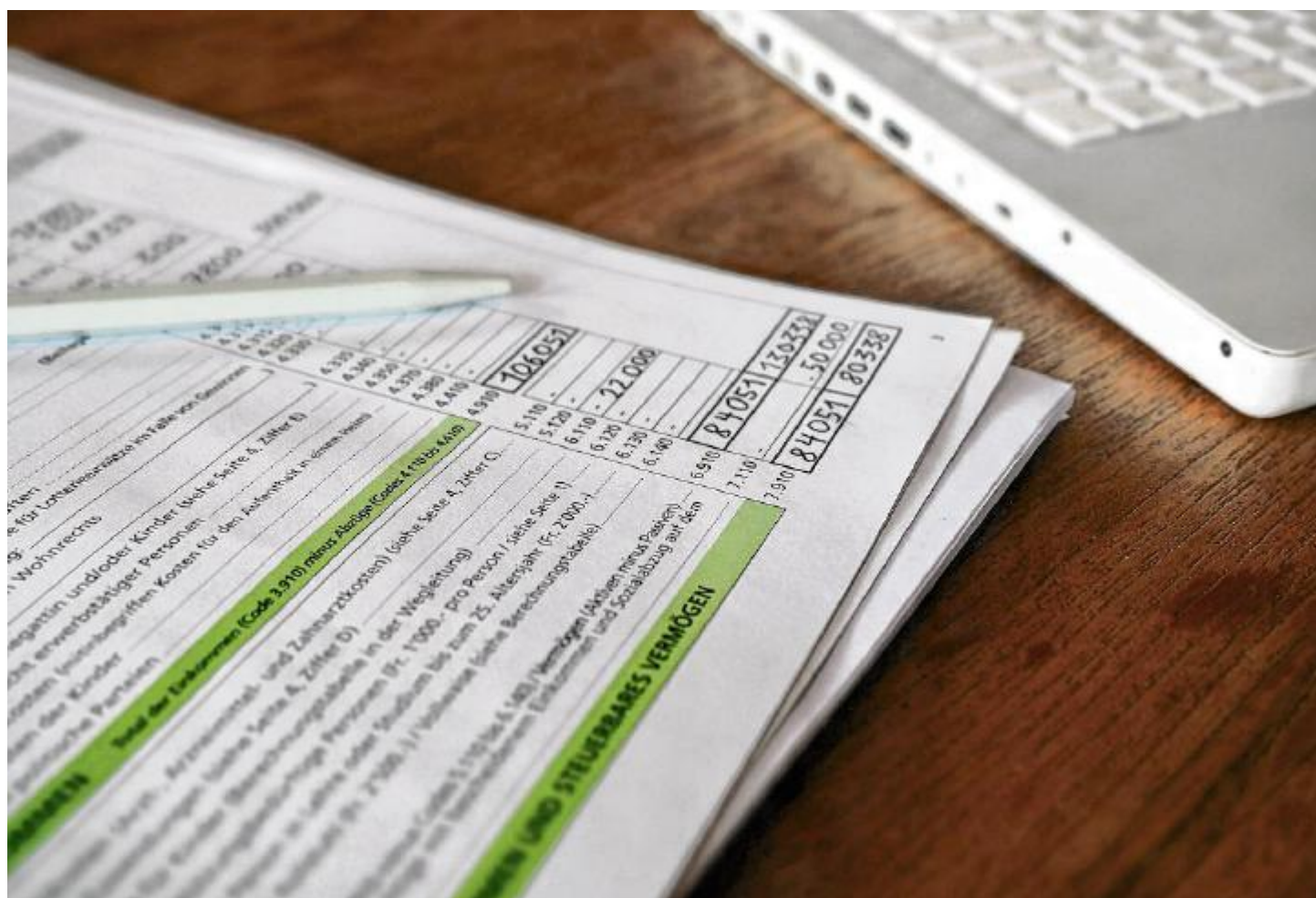
Die Miete bezahlt man monatlich, die Krankenkassenprämien in der Regel ebenfalls, und künftig soll das auch mit den Kantonssteuern möglich sein. Das fordern zumindest die Grossrätinnen Erika Schnyder (SP, Villars-sur-Glâne) und Antoinette de Weck (FDP, Freiburg) in einem Postulat. Sie schreiben, dass das historisch gewachsene System mit neun Akkontozahlungen überholt sei und für die Steuerzahler wie den Staat Nachteile bringe. Hingegen sei es mit zwölf Zahlungen für Familien und Leute mit mittlerem Einkommen einfacher, die Budgets im Griff zu haben. Mit monatlichen Zahlungen verkleinere sich der Betrag pro Rate, die Steuerlast werde erträglicher.

Es zeige sich, dass viele Familien die Akkontozahlungen im Juni und Juli auslassen, um genügend Geld für die Ferien zu haben. Bei Kantonen, die bereits zwölf Akkontozahlungen verschicken, komme dies deutlich weniger oft vor. Verzögerungen fielen damit weg und es gebe weniger Streitfälle zwischen der Steuerverwaltung und den Steuerzahlern.

Ziel der beiden Grossrätinnen ist, dass auch die Gemeinde- und Pfarreisteuern monatlich entrichtet werden können. Um ihren Vorschlag zu illustrieren, nehmen sie einen Steuerbetrag von 10 800 Franken: In neun Akkontozahlungen beträgt die Rate jeweils 1200 Franken, bei zwölf Raten sind es 900 Franken.

Höherer Vergütungszins

Die Grossrätinnen schlagen vor, dass jene, die ihre Steuern in einer einzigen Rate bezahlen wollen, dies jeweils bis am 31. Januar tun können. Um mehr Leute dazu zu motivieren, schlagen Schnyder und de Weck vor, den Vergütungszins anzuheben. Der jetzige Zinssatz liegt bei 0,2 Prozent, was «lächerlich» sei. Ein Vergütungszins zwischen 1 und 1,3 Prozent



Zwei Grossrätinnen wollen das Bezahlen der Steuern für Familien und Leute mit mittlerem Einkommen erträglicher machen. Bild Aldo Ellena/af

wäre ihrer Meinung nach angebracht: Zurzeit habe der Staat zwar keine Schulden, dies könne sich aber ändern. In dem Fall sei es besser, den Steuerzahlern einen höheren Vergütungszins zu bezahlen und damit Anfang Jahr genügend Geld in der Kasse zu haben, als einen Bankkredit aufzunehmen. Dort liegt der Zins nach Angaben der Grossrätinnen durchschnittlich bei 1,6 Prozent. Als Beispiel führen sie eine Gemeinde auf, die Steuerzahlern einen Vergütungszins von 2 Prozent bezahlt und monatlich Akkontorechnungen stellt. 36 Prozent der natürlichen Personen und 71 Prozent der juristischen Personen würden ihre Steuern in einem Mal bezahlen, was die Kantonskasse entlaste.

De Weck und Schnyder schlagen vor, den Betrag, für den ein Vergütungszins bezahlt wird, zu plafonieren. So soll dieser Betrag maximal fünf Prozent über dem effektiven Steuerbetrag liegen. Wer beispielsweise 15 000 Franken Steuern einbezahlt statt der nötigen 10 000 Franken, dem wird der Vergütungszins nur auf 10 500 Franken berechnet. Dies verhindere, dass Steuerzahler auf Kosten der Allgemeinheit vom Vergütungszins profitierten.

Zwei Jahre für Änderung

Die Grossrätinnen halten fest, dass es für den Wechsel auf das neue System mit zwölf Akkontozahlungen zwei Jahre brauche: Die Steuern 2016

könnten von April bis Dezember bezahlt werden (bisher Mai bis Januar) und ab 2017 von Januar bis Dezember. Mit dem neuen System könnten Steuerzahler den 13. Monatslohn aufwenden, um Steuerzahlungen zu vervollständigen. Auf die Staatskasse wirke es sich positiv aus, weil der Kanton eher beginnen könne, Steuern einzuziehen und weil sich die Zahlungen nicht länger auf zwei Jahre verteilen.

Der Staatsrat hat nun fünf Monate Zeit, auf das Postulat zu antworten, anschliessend kommt es vor den Grossen Rat, der über die Überweisung entscheidet. Tut er dies, ist der Staatsrat verpflichtet, einen Bericht zum Thema zu verfassen.

Steuern: Abzug an der Quelle

Antoinette de Weck und Erika Schnyder schlagen in ihrem Postulat Änderungen bei der Steuer auf Kapitalleistungen und der Grundstückgewinnsteuer vor: Bei beiden sehen sie einen Steuerabzug an der Quelle als Lösung. So sollen Vorsorgeeinrichtungen, wenn sie Beiträge aus der zweiten oder dritten Säule auszahlen, die Steuern direkt abziehen und dem Kanton bezahlen. Analog soll bei Gewinnen aus Immobilienverkäufen ein Notar die Steuersumme abziehen. *mir*

Zum Schluss ein Beitrag für ein Bauprojekt

Über 90 Personen nahmen an der letzten Gemeindeversammlung in Oberwistenlach teil. Der offizielle Teil war rasch erledigt: Die Bürgerinnen und Bürger sprachen einen Beitrag an ein Projekt für Alterswohnungen in Sugiez.

HAUT-VULLY «Das ist der letzte Kreditantrag, den die Gemeinde Ihnen vorlegt», betonte Gemeinderat Guy Petter an der Gemeindeversammlung vom Montagabend in Oberwistenlach (Haut-Vully). Es ging um einen Beitrag der Gemeinde in der Höhe von 300 000 Franken an den Bau von 27 Alterswohnungen beim Bahnhof in Sugiez zusammen mit der Nachbargemeinde Bas-Vully. Ein letztes Mal äusserte sich die Finanzkommission zu einem Kreditvorhaben der Gemeinde – und zwar positiv. Und ein letztes Mal stimmten die Bürger von Oberwistenlach ab und hiessen das Projekt gut.

Am 1. Januar werden die beiden Vully-Gemeinden zur Gemeinde Mont-Vully fusionieren. Der Beitrag von je 300 000 Franken wird der Wohnbaugenossenschaft Vully von beiden Nachbargemeinden als Darlehen zur Verfügung gestellt. «Die Alterswohnungen sind auf einem guten Weg», sagte

Petter. Die öffentliche Auflage sei abgeschlossen. «Das Projekt ist wichtig für die Zukunft unserer Gemeinde», so Petter. Und viele der Anwesenden sollten dereinst davon profitieren können. Und mit dem Beitrag an die Kosten erkaufe sich die Gemeinde das Recht, seine Bewohner bei der Vergabe zu priorisieren.

Insgesamt kostet das Projekt 7,5 Millionen Franken. Die ersten Wohnungen sollen frühestens Anfang 2017 bezugsbereit sein. Es gebe unerwartet viele Interessenten für die Wohnungen, die sich als Genossenschafter an den Kosten beteiligen werden, so Petter: «Wer will, soll sich so bald wie möglich melden». Die Nachbargemeinde Bas-Vully hat ihrem Anteil bereits Anfang Monat zugestimmt. Mit dem Beitrag an die Baukosten entstehen der Gemeinde keine weiteren finanziellen Verpflichtungen, da nicht die öffentliche Hand, sondern die Genossenschaft

für die zukünftigen Betriebskosten aufkommt.

Statuten wurden revidiert

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde hiessen zudem zwei kleine Veränderungen an den Statuten des Regionalverbandes für die Wasserversorgung stillschweigend gut. Der Verband hatte eine höhere Kreditlimite für Ausgaben beantragt. Sie soll von 15 auf 25 Millionen Franken erhöht werden. Ausserdem sollen neu Ausgaben erst ab der Höhe von 15 Millionen Franken zwingend dem Referendum unterstellt werden und nicht wie bisher schon bei 10 Millionen Franken. Das sei wichtig für die Entwicklung des Verbandes, hatte Syndic Jean-Philippe Noyer geworben, da der Verband in den nächsten Jahren grössere Investitionen vorhaben und durch die Revision der Statuten, deren Kern aus den 1940er-Jahren stamme, mehr Bewegungsfreiheit erhalte.

Schliesslich genehmigten die über 90 Anwesenden die Anpassung der Statuten des Sozialdienstes des Seebezirkes an die verschiedenen bevorstehenden Gemeindefusionen um Murten, am Mont-Vully und um Courtepin.

Zum Schluss der Gemeindeversammlung erfuhren die Bürger von den zuständigen Gemeinderäten, dass die Kosten für die Bauarbeiten der Entsorgungsstelle, des Schulhauses und der Seestrasse wahrscheinlich eingehalten oder gar unterschritten werden. Der scheidende Syndic Noyer schloss die Versammlung, indem er sich bei den Bürgern für ihr Engagement bedankte, an die Entwicklung der Gemeinde in den letzten Jahren erinnerte und der nach dem letzten Stundenschlag des Jahres entstehenden Gemeinde Mont-Vully alles Gute wünschte. Denn die Fusion sei für die beiden Gemeinden am Wistenlach eine Chance. *fca*

Geschäftliche Mitteilung



Neuer Aktionär der Schreinerei Kaeser Peter AG

Die Schreinerei Kaeser Peter AG freut sich, den langjährigen Mitarbeiter Sacha Stauffer als Aktionär der Firma begrüßen zu dürfen.

Die Schreinerei Kaeser Peter AG, gegründet als Einzelfirma 1992 und umgewandelt in eine Aktiengesellschaft 1995, beschäftigt 12 Mitarbeitende und 4 Lernende. Die Firma fertigt mit modernster Infrastruktur die ganze Palette von Inneneinrichtungen, Küchen, Badezimmern und Türen an. Murtenstrasse 23a, Laupen schreinereikaeser.ch